

Einladung

Gremium: Finanz- und Wirtschaftsausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 24.03.2014, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 13.03.2014

1. An die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.12.2013
- TOP 4 Einwohnerfragestunde
- TOP 5 Fortschreibung Einzelhandelskonzept
Vorlage: 2013/193
- TOP 6 Niederschlagswassergebühr - Grundsatzbeschluss und Vorschaltsatzung
Vorlage: 2014/040
- TOP 7 Zuwendungen des Jahres 2013
Vorlage: 2014/016
- TOP 8 Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes der Gemeinde Rastede; Jahresabschluss 2012
Vorlage: 2014/021
- TOP 9 Haushalt 2013; Jahresabschluss
Vorlage: 2014/020

**TOP 10 Durchführung Haushaltsplan 2014
Vorlage: 2014/042**

TOP 11 Einwohnerfragestunde

TOP 12 Schließung der Sitzung

**Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister**

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2013/193

freigegeben am **12.03.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 25.11.2013

Fortschreibung Einzelhandelskonzept

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

09.12.2013

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Zuge der Erarbeitung des Kommunalmarketingkonzeptes 2002 war seinerzeit auch eine umfassende Ermittlung der Einzelhandelssituation in der Gemeinde Rastede, insbesondere im Ortsteil Rastede, vorgenommen worden.

Diese Ermittlung ist in den Jahren 2005, 2009, 2011 und jetzt 2013, zum Teil auch aufgrund verschiedener Investitionsvorhaben, jeweils aktualisiert worden. Aufgrund zwischenzeitlicher Veränderungen im Bereich des Ortskernes hat die Verwaltung die jetzige Aktualisierung zum Anlass genommen, um sich erneut mit der Thematik Einzelhandelsentwicklung im Allgemeinen zu beschäftigen.

Die Aussagen der bereits seit 2002 für die Gemeinde Rastede tätige CIMA GmbH, Lübeck, zeichnen die Entwicklung nach und kommen dabei zu Ergebnissen und Empfehlungen, die im Rahmen der Sitzung näher vorgestellt werden.

Wenngleich die Leerstandsquote als Indikator für eine wirtschaftliche Entwicklung insbesondere im Kernbereich der Oldenburger Straße ein anderes Ergebnis zu vermitteln scheint, darf nicht verkannt werden, dass sich die Situation des Einzelhandels nicht verbessert hat, im Gegenteil; Entwicklungen im Umland, insbesondere natürlich im Bereich der Stadt Oldenburg, haben zu einer deutlichen Verschärfung der Wettbewerbssituation für den Bereich Rastede geführt. Die Nähe zum Oberzentrum Oldenburg sowie das dortige offenkundig attraktive Angebot führen nicht nur dazu, dass sich hochwertige Filialisten in Rastede nicht ansiedeln. Es hat auch zur Folge, dass langjährig existente Geschäfte im Ortskern Rastede zwischenzeitlich geschlossen wurden. Besonders sichtbar wird dies im Bereich „Wäsche“,

welches noch vor ca. 10 Jahren das wesentliche Zugpferd in der Attraktivität der Einzelhandelssituation gewesen ist.

Detaillierte Ausführungen werden im Rahmen der Sitzung vorgetragen.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

Keine.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/040

freigegeben am **13.03.2014**

GB 3

Sachbearbeiter/in: Ahlers, Sandra

Datum: 11.03.2014

Niederschlagswassergebühr - Grundsatzbeschluss und Vorschaltsatzung

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.03.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	01.04.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	20.05.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Für die öffentliche Einrichtung „Niederschlagswasserbeseitigung“ wird mit Wirkung ab 1.1.2015 eine Gebühr erhoben.
2. Die Bemessung der Niederschlagswassergebühr erfolgt auf Grundlage der bebauten, überbauten und sonstigen versiegelten und an die Kanalisation angeschlossenen Flächen. Hierbei kommen folgende Versiegelungsfaktoren zur Anwendung:

Vollversiegelte befestigte Flächen Faktor 1,0
Teilversiegelte befestigte Flächen Faktor 0,7
Sonstige versiegelte Flächen Faktor 0,4

Bei Zisternen und Versickerungsanlagen, die eine Mindestfassungsvolumen von 2 m³ nachweisen und ganzjährig angeschlossen sind sowie einen Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage vorhalten, werden je m³ Fassungsvermögen 25 m² einleitende Fläche mit einem Faktor von 0,5 angerechnet. Bei Zisternen mit Brauchwassernutzung wird der Faktor 0,1 angewandt.

Flächen, die an Niederschlagswasserrückhalteeinrichtungen mit einem Fassungsvermögen von mindestens 2 m³ angeschlossen sind und keinen Notüberlauf an die öffentliche Abwasseranlage vorhalten, gelten als nicht angeschlossene Flächen und werden nicht zu Gebühr veranlagt.

3. Die Vorschaltsatzung zur künftigen Abgabensatzung für die Erhebung von Niederschlagswassergebühren der Gemeinde Rastede wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Im Zuge der Überprüfung des Aufwands für die öffentliche Einrichtung „Niederschlagswasserbeseitigung“ war beschlossen worden, weitere Informationen zu erhalten. Die Verwaltung hat deshalb ein Fachbüro beauftragt, entsprechende Detailinformationen hinsichtlich des räumlichen Umfangs zu erarbeiten und hat gleichzeitig den für diese Einrichtung erforderlichen finanziellen Aufwand ermittelt.

Insgesamt wurden sämtliche Grundstücke in der Gemeinde Rastede einer Überprüfung unterzogen, ob und inwieweit überhaupt die Möglichkeit der Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung gegeben ist; dies ist bei rund 6.000 Grundstücken der Fall. Die Kosten der öffentlichen Einrichtung belaufen sich ausgehend vom Haushaltsjahr 2012 auf ein Gesamtvolumen von ca. 650.000 Euro pro Jahr mit grundsätzlich steigender Tendenz. Dabei entfällt auf die Grundstücke in privater Hand ein Volumen von rund 300.000 €, der übrige Aufwand wird verursacht durch Straßenentwässerung bzw. Grundstücke im Eigentum der Gemeinde selbst.

Ausgehend von dem grundsätzlichen Prinzip der Gebührenerhebung „Leistung – Gegenleistung“ zeigt sich, dass die Mittel für den Betrieb der Einrichtung bislang von der Gemeinschaft insgesamt aufgebracht werden, allerdings bedingt durch technische Umstände nicht jedem Grundstück zur Verfügung stehen. Damit stellt sich die Frage, ob und inwieweit eine verursachergerechte Belastung erfolgen kann. Diese Möglichkeit wäre durch die Erhebung einer entsprechenden Gebühr gegeben. Voraussetzung hierfür wäre allerdings, dass Regeln über den Maßstab der Gebühr erlassen werden, die dann in einem weiteren Verfahrensschritt die Bemessung der Gebührenhöhe ermöglicht.

Wenngleich durch technische Ermittlung in Form eines Bildfluges versiegelte Flächen der Grundstücke erkannt werden können, ist es jedoch nicht möglich, allein anhand der Bildauswertung zu entscheiden, welche Versiegelungsform vorliegt und ob überhaupt ein Anschluss entsprechender Flächen an die Einrichtung gegeben ist. Selbstverständlich könnten bei Erhebung einer entsprechenden Gebühr nur die Flächen veranlagt werden, die tatsächlich auch die Entwässerungsanlage benutzen.

Wenn und soweit also die Einführung einer entsprechenden Gebühr erfolgen sollte, wäre es jetzt erforderlich, dass ein Selbstauskunftsverfahren erfolgt, im Rahmen dessen den Grundstückseigentümern Erfassungsbögen mit den ermittelten Daten zugesandt werden und sie dann die Möglichkeit erhalten, die aufgeführten Flächen begründet zu korrigieren beziehungsweise als nicht einleitend zu kennzeichnen. In diesem Zusammenhang wäre es sinnvoll, auch die Versiegelungsart zu bestimmen, um diesen bei der späteren Gebührenbemessung berücksichtigen zu können.

Gebührenmaßstab und damit Grundlage für die letztlich zu zahlende Gebühr für den jeweiligen Grundstückseigentümer soll die bebaute und befestigte (versiegelte) Grundstücksfläche sein, die die öffentliche Einrichtung nutzt. Zur Differenzierung der unterschiedlich versiegelten Flächen (Erhebungsparameter; Beispiele siehe Anlage 1) werden Werte als entsprechende Versiegelungsfaktoren festgelegt. Der Wert der Versiegelungsfaktoren gibt an, welcher prozentuale Anteil des gefallenen Niederschlags auf einer Fläche zum Abfluss kommt. Hierdurch wird der unterschiedlichen Versickerungsfähigkeit befestigter Flächen Rechnung getragen.

Es wird vorgeschlagen, eine Einteilung in drei Gruppen vorzunehmen, innerhalb derer Befestigungen mit ähnlichen Versickerungsfähigkeiten zusammengefasst werden:

1. Vollversiegelte befestigte Flächen

Flächen, die keine Regenwasserversickerung zulassen. Dazu gehören beispielsweise Dachflächen ohne Begrünung, Asphalt, Beton, Pflaster, Fliesen und sonstige Befestigungen mit Fugenverguss oder auf Beton verlegt.

Versiegelungsfaktor: 1,0

2. Teilversiegelte befestigte Flächen

Flächen, die eine eingeschränkte Regenwasserversickerung zulassen. Dazu gehören z. B. Pflaster, Platten, Fliesen, Verbundsteine und sonstige wasserdurchlässige Befestigungen ohne Fugenverguss auf sickerfähigem Untergrund verlegt.

Versiegelungsfaktor: 0,7

3. Sonstige versiegelte Flächen

Dazu gehören z. B. Porenpflaster, Kies- und Schotterflächen, Schotterrasen, Rasengittersteine, Rasen- oder Splittfugenpflaster sowie Gründächer

Versiegelungsfaktor: 0,4

Für befestigte Flächen anderer Art gilt der Faktor derjenigen Befestigungsart nach den Nummern 1 bis 3, welcher der betroffenen Befestigung in Abhängigkeit des Grades der Wasserdurchlässigkeit am nächsten kommt.

Alle übrigen Flächen, die eine vollständige Regenwasserversickerung zulassen, sind nicht anzurechnen. Dazu gehören z. B. Rasen- und Gartenflächen, Wald, Wiesen, Äcker und Sandböden.

Die Festlegung von Versiegelungsfaktoren im Rahmen der Maßstabsgestaltung für die zukünftige Niederschlagswassergebühr ist vom Gesetzgeber nicht vorgegeben und liegt daher im Ermessen der jeweiligen Kommune. Die getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Festlegungen müssen jedoch begründbar sein. Grundlage der empfohlenen Werte bilden daher Recherchen bei anderen Kommunen sowie Empfehlungen aus Arbeitsblättern der Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. und des beauftragten Büros. Letzteres hat empfohlen, aufgrund der Erfahrungen aus zahlreichen bereits durchgeführten Projekten auf eine zu große Differenzierung bei der Festlegung von Versiegelungsfaktoren zu verzichten, da dies zu einem unverhältnismäßig hohen Aufwand bei der Erfassung und Anerkennung von Versiegelungsarten führt. Dennoch sollten die Faktoren dazu dienen, Unterschiede zwischen den verschiedenen Versiegelungsarten deutlich zu machen und so z. B. Anreize für ein umweltbewusstes Verhalten zu schaffen (Rückhaltung, Brauchwassernutzung, Öko-Pflaster, Entsiegelung von Flächen).

Darüber hinaus können neben der o. g. Festlegung von Versiegelungsfaktoren auch für die Anrechnung von Maßnahmen zum Auffangen von Niederschlagswasser Parameter festgelegt werden, um einen Anreiz zu schaffen, die öffentliche Abwasseranlage zu entlasten. Deshalb wird vorgeschlagen, Zisternen oder Versickerungsanlagen durch Flächenreduzierung mit einem Mindestfassungsvolumen pro Rückhalteeinrichtung von 2 m^3 zu berücksichtigen. Voraussetzung dafür ist, dass die Zisternen oder Versickerungsanlagen ein Mindestvolumen von 2 m^3 aufweisen und ganzjährig angeschlossen (fest installiert und ortsunveränderlich) sind. Je m^3 Fassungsvermögen werden 25 m^2 einleitende Fläche berücksichtigt. Bei Zisternen für die Gartenbewässerung werden diese Flächen mit einem Faktor von 0,5 angerechnet. Bei Zisternen mit Brauchwassernutzung und Versickerungsanlagen wird der Faktor 0,1 angewandt (Beispiel siehe Anlage 2).

Diese Regelung betrifft nur Zisternen und Versickerungsanlagen, die über einen Notüberlauf oder eine Drosseleinrichtung an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sind. Wenn der Notüberlauf nicht in die öffentliche Abwasseranlage führt und somit nie Niederschlagswasser von der an die Zisterne oder Versickerungsanlage angeschlossenen Fläche der Abwasseranlage zugeführt wird, ist diese selbstverständlich nicht gebührenpflichtig.

Für die erforderliche Ermittlung der maßgeblichen versiegelten Grundstücksfläche im Wege der Selbstauskunft (Fragebogenaktion) ist eine Mitwirkung der betroffenen Grundstückseigentümer notwendig. Da sich eine Mitwirkungs-, Auskunfts- und Anzeigepflicht nur aus einem satzungsmäßigen Gebührentatbestand herleiten lässt, der grundsätzlich erst mit der eigentlichen Gebührensatzung begründet werden kann, ist in Niedersachsen der Erlass einer Vorschaltsatzung zur künftigen Abgabensatzung für die Erhebung von Niederschlagswassergebühren vorgesehen. In der Satzung werden die Auskunfts- und Anzeigepflicht des verpflichteten Grundstückseigentümers und die Möglichkeit der Ahndung bei Zuwiderhandlung geregelt. Die Regelungen der Vorschaltsatzung sichern eine hohe Rücklaufquote bei der durchzuführenden Fragebogenaktion. Der Satzungstext zur Vorschaltsatzung ist der Anlage 3 zu entnehmen.

Auf der Grundlage der bislang ermittelten Daten zeigt sich, dass die Gebührenhöhe je Quadratmeter der an die öffentliche Einrichtung angeschlossene Fläche voraussichtlich zwischen 0,20 €– 0,30 € liegen wird. Für ein durchschnittliches Hausgrundstück mit einer Größe von ca. 600 m² und einer an die öffentliche Einrichtung angeschlossenen Fläche von ca. 200 m² als Erfahrungswert aus anderen Kommunen würde sich eine Gebührenhöhe von ca. 50,- € bis 60,- €/Jahr ergeben.

Soweit man zu einer Einführung der Gebühr mit Wirkung zum 1.1.2015 kommen möchte, bedarf es der zeitnahen Umsetzung der weiteren Erhebungsvoraussetzungen. Ein entsprechender Ablaufplan ist nachfolgend dargestellt.

Ablaufplan für die Einführung der Niederschlagswassergebühr

Termin	Gremien	
März 2013	Vergabe Auftrag, Bildflug	
April – August 2013	Bildflug und Grundlagenermittlung	
Juli 2013 – Januar 2014	Abstimmung der Eigentümerdaten	
März 2014	Ratsinformationsveranstaltung	
	Grundsatzbeschluss Versiegelungskategorien und Vorschaltsatzung	
24.03.2014 – 20.05.2014	- „ -	Fachausschuss / VA / Rat
ab 21.05.2014	Bekanntmachung der Vorschaltsatzung	
ab 07.07.2014	Bürgerinformationsveranstaltung und versenden der Selbstauskunftsunterlagen	
ab 14.07.2014	Bürgerbüro	
31.07. – 10.09.2014	Sommerferien	
bis 31.10.2014	Einarbeitung der Selbstauskunftsunterlagen	
27.10. – 07.11.2014	Herbstferien	
ab 07.12.2014	Beratung, Satzungsbeschluss, Inkrafttreten zum 01.01.2015	Fachausschuss / VA / Rat
01.01.2015	Inkrafttreten der Satzung	

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sachverhalt.




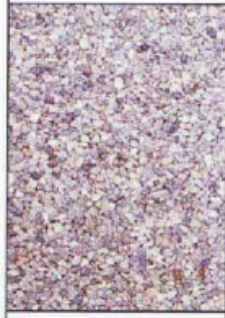






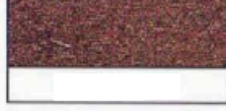

Anlagen:

1. Erhebungsparameter Belagsarten für befestigte Flächen mit Anschluss an die Kanalisation
2. Beispiel für eine Zisterne
3. Vorschaltsatzung

Erhebungsparameter

Schneider & Zajontz

Ihr Partner in allen kommunalen Fragen

Belagsarten für befestigte Flächen mit Anschluß an die Kanalisation Asphalt Beton/Bitumen	Beläge mit Fugenverguss 	Großsteinpflaster Plattenbeläge ohne Fugenverguss 	Pflaster ohne Fugenverguss 	Kies- oder Splittdecke 	Schotterrassen 
Beton- Klinker- und Holzpfaster ohne Fugenverguss 	Rasengitterstein 	Rasenfugenpflaster Rasenlochklinker 	Splittfugenpflaster 	Porenpflaster (Herstellernachweis) 	Rindenschrot  Einfache Grasnarbe 

Erhebungsparameter

Schneider & Zajontz

Ihr Partner in allen kommunalen Fragen

Begünstigungen für Zisternen



Entwurf

Vorschaltsatzung zur künftigen Abgabensatzung für die Erhebung von Niederschlagswassergebühren der Gemeinde Rastede

Aufgrund § 10, ... Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. d. F. v. 17.12.2010 (Nds. GVBl. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2013 (Nds. GVBl. S. 307) i. V. m. § 5 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) in der Fassung vom 23. Januar 2007, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S 279). hat der Rat der Gemeinde Rastede in seiner Sitzung vom 20.05.2014 folgende Vorschaltsatzung zur künftigen Abgabensatzung zur Erhebung von Niederschlagswassergebühren beschlossen:

§ 1 Allgemeines

- (1) Als Grundlage für die Einführung einer Niederschlagswassergebühr ist eine Gebührenkalkulation zu erstellen. Zu diesem Zweck sind die versiegelten Grundstücksflächen, von denen Niederschlagswasser mittelbar oder unmittelbar in die öffentliche Niederschlagswasserbeseitigungsanlage eingeleitet wird oder von denen aus Niederschlagswasser in die öffentliche Niederschlagswasseranlage gelangt, zu ermitteln.
- (2) Die abflusswirksamen bebauten und / oder versiegelten Flächen werden im Rahmen eines Selbstauskunftsverfahrens (Selbsterklärung nach Vordruck) durch Verpflichtete ermittelt. Die Gemeinde Rastede kann sich zur Durchführung der Flächenermittlung Dritter bedienen.
- (3) Kommt der Verpflichtete den vorstehenden Verpflichtungen nach dieser Satzung trotz wiederholter Aufforderung durch die Gemeinde Rastede nicht nach, ist die Gemeinde berechtigt, die Grundlagen für die Niederschlagswassergebühr zu schätzen.

§ 2 Verpflichtete

- (1) Verpflichtete sind Grundstückseigentümer der Flächen i.S.d. § 1 Abs. 1. Wenn ein Erbaurecht bestellt ist, tritt an dessen Stelle der Erbauberechtigte des angeschlossenen bzw. entwässernden Grundstücks. Verpflichtete sind außerdem Nießbraucher oder sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte. Mehrere Verpflichtete sind Gesamtschuldner.
- (2) Beim Wechsel der Verpflichtung geht die Auskunftspflicht mit dem Beginn des auf den Übergang folgenden Kalendermonats auf den neuen Verpflichteten über.

§ 3 Auskunfts- und Anzeigepflicht

- (1) Der / Die Verpflichtete(n) hat der Gemeinde Rastede bzw. dem von ihr beauftragten Dritten die für die Prüfung und Berechnung der Niederschlagswassergebühr (insbesondere Angabe der bebauten und versiegelten Flächen) erforderlichen Angaben schriftlich mitzuteilen. Die Gemeinde Rastede kann von dem / den / der

Verpflichteten eine Darstellung der versiegelten und / oder bebauten sowie der angeschlossenen Flächen der Grundstücke verlangen.

- (2) Die Herstellung oder Änderung der versiegelten Flächen hat / haben der / die Verpflichtete(n) innerhalb eines Monats nach Fertigstellung bzw. Änderung der Gemeinde Rastede mitzuteilen.
- (3) Die Gemeinde Rastede ist berechtigt, an Ort und Stelle zu ermitteln. Der / Die Verpflichtete(n) hat / haben der Gemeinde Rastede bzw. dem von ihr beauftragten Dritten den erforderlichen Zutritt zum Grundstück zu gewähren.

§ 4 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Satzung sind Ordnungswidrigkeiten gemäß § 18 NKAG und können mit einer Geldbuße geahndet werden.
- (2) Ordnungswidrig handelt insbesondere, wer
 - entgegen § 1 Abs. 2 Satz 1 dieser Satzung die versiegelten Flächen nicht oder nicht zutreffend ermittelt,
 - entgegen § 3 Abs. 1 dieser Satzung der Gemeinde Rastede bzw. dem von ihr beauftragten Dritten die für die Prüfung und Berechnung der Niederschlagswassergebühr erforderlichen Angaben nicht oder nicht zutreffend schriftlich mitteilt,
 - entgegen § 3 Abs. 1 Satz 2 die Darstellung der versiegelten sowie angeschlossenen Flächen der Grundstücke nicht oder nicht richtig angibt,
 - entgegen § 3 Abs. 2 die entsprechenden Angaben nicht rechtzeitig innerhalb der Monatsfrist macht.

§ 5 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rastede, den 20.05.2014

von Essen
Bürgermeister

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/016

freigegeben am **25.02.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Frau Daniela Kannwischer

Datum: 18.02.2014

Zuwendungen des Jahres 2013

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.03.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss
Ö	20.05.2014	Rat

Beschlussvorschlag:

Die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen des Jahres 2013 ab einem Wert von 100,01 Euro werden angenommen.

Sach- und Rechtslage:

In der Anlage sind die erhaltenen Zuwendungen des Jahres 2013, die den Wert von 100,00 Euro übersteigen, aufgelistet.

Über die Annahme und Vermittlung der Zuwendungen über der Wertgrenze von 100,00 Euro entscheidet gem. § 111 Abs. 7 Satz 3 NKomVG in Verbindung mit § 25a Abs. 1 Satz 1 GemHKVO der Rat. Sind von einem Zuwendungsgeber mehrere Zuwendungen in einem Jahr geleistet worden, ist ab summenmäßiger Überschreitung der Wertgrenze ebenfalls der Rat für die Annahme der Zuwendung zuständig.

Finanzielle Auswirkungen:

Für den Erhalt der Zuwendungen müssen / mussten keine eigenen finanziellen Mittel eingesetzt werden.

Anlagen:

Zuwendungen des Jahres 2013

Zuwendungen des Jahres 2013

Annahme und Vermittlung von Zuwendungen über 100,00 €

Nr.	Datum der Zuwendung	Einrichtung/Außenstelle	Zuwendungsgeber	Zuwendungsart	Zuwendungs- wert	Zuwendungszweck
1	02.05.2013	Archiv	Förderkreis Palais Rastede e.V.	Geldzuwendung	1.038,68 €	Förderung von Kunst und Kultur
2	20.11.2013	Feuerwehr Ipwege-Wahnbek	August Brötje Handel KG	Geldzuwendung	200,00 €	Förderung des Feuerschutzes
3	05.06.2013	Feuerwehr Ipwege-Wahnbek	Meyer-Hullmann GmbH & Co. KG	Geldzuwendung	500,00 €	Förderung des Feuerschutzes
4	01.11.2013	Feuerwehr Hahn	Frau Anneliese Borchers	Geldzuwendung	666,66 €	Förderung des Feuerschutzes
5	25.10.2013	Kindergarten Feldbreite und Hort	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	123,75 €	1 Softbowling-Spiel
6	25.10.2013	Kindergarten Feldbreite und Hort	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	76,11 €	4 Pferdeleinen für Holzponys
7	07.10.2013	Kindergarten Feldbreite und Hort	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	55,00 €	1 Leuchtkugel "Traumlicht"
8	06.09.2013	Kindergarten Feldbreite und Hort	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	231,99 €	2 Spiele
9	18.04.2013	Kindergarten Feldbreite und Hort	Förderverein Feldmäuse e.V.	Sachzuwendung	441,95 €	1 Hochbeet
10	19.06.2013	Kindergarten Loy	Kindergartenfreunde Loy	Sachzuwendung	224,95 €	5 Stapelstühle
11	06.05.2013	Kindergarten Loy	Kindergartenfreunde Loy	Sachzuwendung	623,32 €	1 Spielgerät Federtier
12	14.11.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	256,18 €	36 Vorlese- und Bilderbücher
13	08.11.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	131,90 €	Teppich für die Gruppe "Igel"
14	09.10.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	142,95 €	1 Haba Blumenplanet Teppich 150x150 cm
15	09.10.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	165,00 €	1 Ritterburg mit Schleich-Figuren
16	28.05.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	299,00 €	1 Montessori-Dreieck
17	17.04.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	3.683,51 €	1 Pfahlhaus mit Treppe
18	03.12.2013	Kindergarten Mühlenstraße	Förderverein Kindergarten Mühlenstr. e.V.	Sachzuwendung	707,07 €	1 Büchertower
19	11.09.2013	Kindergarten Mühlenstraße	KVHS Ammerland	Sachzuwendung	172,19 €	3 Spiele, 7 Bücher (Thema Sprache)
20	20.08.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	1.339,99 €	2 Holzponys u. 2 Sicherungsketten für Schulhof

Nr.	Datum der Zuwendung	Einrichtung/Außenstelle	Zuwendungsgeber	Zuwendungsart	Zuwendungs- wert	Zuwendungszweck
21	21.05.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	726,99 €	1 Fußballtorwand
22	10.09.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	29,50 €	Schlösser für die Holzponys
23	06.09.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	98,93 €	Zubehör für die Holzponys
24	28.11.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	51,85 €	1 Murmelfrosch
25	29.11.2013	Grundschule Leuchtenburg	Förderverein Freundeskreis GS Leuchtenburg	Sachzuwendung	398,00 €	2 Foot Twister
26	05.11.2013	Grundschule Leuchtenburg	PID e.V. (Rotary Club)	Sachzuwendung	300,00 €	Bücherkiste mit 34 Büchern
27	12.11.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	2.611,79 €	Gartenhütte für Schulacker
28	04.02.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	47,60 €	Programmierkosten
29	05.02.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	11,69 €	1 Buch "Fahrzeuge.."
30	14.01.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	9,34 €	1 Buch für Bibliothek
31	04.02.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	70,39 €	PVC-Folie
32	11.02.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	49,88 €	Ikea Lack-Möbel
33	12.02.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	125,76 €	Hocker
34	18.04.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	384,80 €	Jahresabo Lesemappen
35	24.06.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	39,95 €	Rollmatratze
36	04.07.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	3,98 €	Kleinmaterial
37	04.07.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	31,69 €	2 Fußbälle
38	11.07.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	33,85 €	Kleinmaterial
39	17.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	83,30 €	2 Schilder
40	18.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	121,92 €	2 tragbare CD-Player
41	18.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	36,30 €	Alu-Haken und Wandboards

Nr.	Datum der Zuwendung	Einrichtung/Außenstelle	Zuwendungsgeber	Zuwendungsart	Zuwendungs- wert	Zuwendungszweck
42	19.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	4,69 €	Sisal und Schrauben
43	19.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	35,49 €	20 Taschenbücher vom Förderverein
44	24.09.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	4,99 €	Acryl
45	06.12.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	32,89 €	10 Ikea SAMLA Boxen
46	15.12.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	13,16 €	4 Containerrollen
47	23.12.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	65,00 €	Tedox und Copy-Team
48	23.12.2013	Schule am Voßbarg	Förderverein der Schule am Voßbarg	Sachzuwendung	99,41 €	Bücher für Bibliothek
49	04.11.2013	Grundschule Kleibrok	Freundeskreis der Grundschule Kleibrok e.V.	Sachzuwendung	569,00 €	10 Time Timer Uhren
50	30.10.2013	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis der Grundschule Wahnbek e.V.	Sachzuwendung	21,00 €	Pylonhütchen
51	25.10.2013	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis der Grundschule Wahnbek e.V.	Sachzuwendung	478,00 €	versch. Spielgeräte zur Pausengestaltung
52	25.03.2013	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis der Grundschule Wahnbek e.V.	Sachzuwendung	66,93 €	Spielsachen für Betreuung
53	09.03.2013	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis der Grundschule Wahnbek e.V.	Sachzuwendung	105,00 €	Spielsachen für Betreuung
54	23.02.2013	Grundschule Wahnbek	Freundeskreis der Grundschule Wahnbek e.V.	Sachzuwendung	495,37 €	55 Kinderbücher

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2014/021freigegeben am **25.02.2014****GB 3**

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 24.02.2014

Optimierter Regiebetrieb des Bauhofes der Gemeinde Rastede; Jahresabschluss 2012

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.03.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Optimierten Regiebetriebes Bauhof Rastede für das Geschäftsjahr 2012 wird zur Kenntnis genommen.

Der Bauhof erwirtschaftete im Kalenderjahr 2012 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.846,29 Euro. Der Verlust wird auf den Gewinnvortrag der Jahre 2003 bis 2011 angerechnet und beträgt damit zum 31.12.2012 insgesamt 117.843,24 €

Sach- und Rechtslage:

Die Prüfung ergab folgendes Ergebnis:

1. Ergebnis zum 31.12.2012
Umsatzsumme: 1.582.903,30 Euro
Zum Vorjahr ergibt sich daraus eine Steigerung der Umsatzerlöse von 131.000,- Euro.
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2012
Ergebnis – Jahresfehlbetrag: 2.846,29 Euro

Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren ist im Kalenderjahr um 75.000,- Euro gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dieses ist unter anderem auf steigende Preise und höheren Materialverbrauch in der Straßenunterhaltung zurückzuführen.

Der ausführliche Bericht zum Jahresabschluss 2012 ist als Anlage beigelegt. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf den Bericht verwiesen. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Der vorliegende Bericht ist der letzte seiner Art. Bedingt durch haushaltsrechtliche Vorschriften ist der Bauhof ab dem Wirtschaftsjahr 2013 wieder vollständig in die Gesamtverwaltung eingegliedert. Eine separate Berichterstattung sowie ein gesonderter Jahresabschluss entfallen deshalb zukünftig.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Anlage.

Anlagen:

Anlage 1 – Jahresabschlussbericht 2012

"Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"

Rastede

Bericht über die Erstellung
des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2012

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Erstellungsauftrag	1
II. Wirtschaftliche Grundlagen	1
III. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung	
1. Allgemeines	2
2. Erstellungsinhalte	
a) Erstellungsstrategie	2
b) Vorjahresabschluss	3
c) Angaben der gesetzlichen Vertreter	3
IV. Erläuterungen zur Rechnungslegung	
1. Erläuterungen zur Buchführung	4
2. Erläuterungen zum Jahresabschluss	
a) Allgemeines	5
b) Wesentliche Bewertungsgrundlagen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012	5
3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	
a) Vermögenslage	6
b) Finanzlage	7
c) Ertragslage	8
V. Ergebnis der Arbeiten und Wiedergabe der Bescheinigung	9

Anlagen	Nr.	Seiten
Bilanz zum 31. Dezember 2012	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	2	1
Anhang für das Geschäftsjahr 2012	3	1 - 3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	4	1 - 7
Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2012 (Anlage 1) sowie ausgewählter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 2)	5	1 - 5
Rechtliche Grundlagen	6	1
Allgemeine Auftragsbedingungen PKF ARBICON ZINK KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 1. Oktober 2009		

I. Erstellungsauftrag

Die Gemeinde Rastede hat uns beauftragt, den Jahresabschluss des

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"
26180 Rastede**

für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 sowie den Lagebericht zum 31. Dezember 2012 unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches nach den "Grundsätzen für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7), hier - Erstellung ohne Beurteilungen -, sowie den Vorschriften der Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom) zu erstellen.

Der vorliegende Bericht ist an den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" gerichtet.

Grundlage für die Erstellung sind die uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie die uns erteilten Auskünfte.

Für die Ausführung dieses Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Jahresabschluss beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen PKF ARBICON ZINK KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 1. Oktober 2009 vereinbart.

Die Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen im Sinne des IDW S 7 und die weiteren einschlägigen Standards des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW), Düsseldorf, sind bei der Erstellung beachtet worden. Dieser Erstellungsbericht ist unter entsprechender Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt worden.

II. Wirtschaftliche Grundlagen

Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d.h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag, Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wachsen des

Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.

III. Gegenstand, Art und Umfang der Erstellung

1. Allgemeines

Unser Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" zum 31. Dezember 2012 umfasst sämtliche Tätigkeiten, die erforderlich sind, um aufgrund der uns vorgelegten Bücher und Bestandsnachweise sowie der eingeholten Auskünfte zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden unter Vornahme der Abschlussbuchungen die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie den Anhang (**Anlagen 1 bis 3**) nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften zu erstellen.

Eine Beurteilung der vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise unter der Berücksichtigung der erteilten Auskünfte ist nicht Gegenstand unseres Auftrags gewesen.

Der "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" trägt für die in der Rechnungslegung der Gesellschaft enthaltenen Aussagen und die uns gemachten Angaben die Verantwortung.

Die Erstellung ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, der rechnungslegungsbezogenen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der §§ 242, 264 ff. HGB, sowie der fachlichen Verlautbarungen des IDW erfolgt.

Die Erstellungshandlungen sind, soweit sie nicht in diesem Bericht dargestellt sind, in unseren Arbeitspapieren nach Art, Umfang und Ergebnis festgehalten.

Unsere Erstellungsarbeiten haben wir im Wesentlichen im Oktober 2013 in unserem Büro in Oldenburg durchgeführt.

2. Erstellungsinhalte

a) Erstellungsstrategie

Unserer Erstellung liegt folgende Strategie zugrunde:

Im Rahmen dieser und der vorangegangenen Jahresabschlusserstellungen haben wir Informationen über das Unternehmen und sein Umfeld eingeholt. Ergänzend sind Auskünfte der gesetzlichen Vertreter in die Betrachtung einbezogen worden.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses haben wir die ungeprüften Konten und Bestandsnachweise unter Berücksichtigung der erteilten Auskünfte zu den Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zugeordnet und zudem den Anhang erstellt. Wir haben dabei grundsätzlich weder in Bezug auf die vorgelegten Unterlagen noch in Bezug auf die erhaltenen Auskünfte Beurteilungen vorgenommen. Auch die Angemessenheit und Funktion interner Kontrollen und die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung haben wir nicht beurteilt.

Die uns vorgelegten Unterlagen und den von uns erstellten Jahresabschluss haben wir unter Berücksichtigung der wie oben beschrieben erlangten Informationen auf offensichtliche Unrichtigkeiten etwa zwischen den Nebenbüchern und der Finanzbuchführung oder zwischen den Bestandsnachweisen (z.B. Kontoauszügen der Kreditinstitute) und der Buchführung durchgesehen.

b) Vorjahresabschluss

Der Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2011 ist ebenfalls von uns erstellt und unter dem 31. Juli 2012 mit einer Bescheinigung folgenden Wortlauts versehen worden:

"Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters über die Erstellung

An den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang und Lagebericht - des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs und Lagebericht auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden."

c) Angaben der gesetzlichen Vertreter

Die Geschäftsführung und die uns benannten Mitarbeiter haben die für unsere Tätigkeit notwendigen Aufklärungen und Nachweise vollständig und bereitwillig erbracht. Nach der von der Geschäftsführung schriftlich abgegebenen berufsüblichen Vollständigkeitserklärung, die wir zu unseren Akten genommen haben, sind in den uns vorgelegten Büchern und Unterlagen alle buchungspflichtigen Geschäftsvorfälle erfasst und alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Risiken berücksichtigt. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ereignet.

IV. Erläuterungen zur Rechnungslegung

1. Erläuterungen zur Buchführung

Die Verrechnungskonten zwischen dem Bauhof der Gemeinde Rastede und der Gemeinde Rastede waren zum Bilanzstichtag nicht abgestimmt. Der Differenzsaldo konnte nicht abschließend geklärt werden.

Es sind uns keine weiteren Sachverhalte bekannt geworden, die uns zu der Annahme veranlassen könnten, dass die Buchführung für das Geschäftsjahr 2012 nicht den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Die Finanzbuchführung einschließlich der Nebenbücher (Debitoren- und Kreditorenkontokorrent) wird unter Einsatz der Software der Classic Line abgewickelt. Eine Anlagenbuchführung wird nicht geführt. Stattdessen wird ein Wirtschaftsplan erstellt, in welchem ein nach einzelnen Anlagegütern aufgeschlüsselter Anlagenspiegel enthalten ist. Dieser wird in Excel geführt. Es wird beabsichtigt, eine Anlagenbuchführung einzurichten.

Der Kontenplan ist den Bedürfnissen der Gesellschaft angepasst und ausreichend tief gegliedert. Er ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffs.

Das Vorratsvermögen zum Bilanzstichtag wird im Rahmen einer körperlichen Inventur am 31. Dezember 2012 erfasst.

Die Abstimmung der Nebenbücher mit den Sachkonten der Hauptbuchhaltung ist gewährleistet.

Die Buchführung erfolgt zeitnah. Die Buchungen sind ordnungsmäßig belegt. Die Belege werden übersichtlich und geordnet aufbewahrt.

2. Erläuterungen zum Jahresabschluss

a) Allgemeines

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung entspricht dem Schema für große Kapitalgesellschaften (§§ 266, 275 HGB).

Bei der Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung ist das Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) angewendet worden.

Die Gesellschaft hat die Möglichkeit, bestimmte Angaben zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung in den Anhang aufzunehmen, in Anspruch genommen.

b) Wesentliche Bewertungsgrundlagen des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012

Der Jahresabschluss für den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" zum 31. Dezember 2012 ist auf der Basis folgender wesentlicher Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden:

Die **Sachanlagen** werden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Anlagegüter werden im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG über fünf Jahre als Poolbewertung abgeschrieben.

Die **Vorräte** sind zu Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet worden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **Kapitalanteile** sind zum Nennbetrag angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Verbindlichkeiten werden gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

a) Vermögenslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Bilanzen zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011. Einzelheiten zu den Bilanzpositionen finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

Aktivseite	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
<u>Anlagevermögen</u>					
Sachanlagen	1.020	95,9	1.124	97,6	-104
<u>Umlaufvermögen</u>					
Vorräte	10	0,9	12	1,0	-2
Forderungen gegen die Gemeinde Rastede	34	3,2	16	1,4	18
	44	4,1	28	2,4	16
	1.064	100,0	1.152	100,0	-88
Passivseite					
Eigenkapital	846	79,5	849	73,7	-3
<u>Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen</u>					
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	181	17,0	262	22,7	-81
Sonstige kurzfristige Passiva	37	3,5	41	3,6	-4
	218	20,5	303	26,3	-85
	1.064	100,0	1.152	100,0	-88

b) Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) entspricht.

	2012 TEUR	2011 TEUR
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-2	38
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	143	126
3. Cashflow i.e.S. (Summe aus 1 bis 2)	141	164
4. Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-3	-11
5. Zunahme der Vorräte	2	45
6. Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4	-15
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 3 bis 6)	142	183
8. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	3	11
9. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-41	-253
10. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 und 9)	-44	-242
11. Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter	-18	0
12. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-8	-8
13. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 11 und 12)	-26	-8
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 7, 10 und 13)	72	-67
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-162	-95
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-90	-162
Zusammensetzung des Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode – Kassenverrechnungskonto	-90	-162

c) Ertragslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 2012 und 2011. Einzelheiten zu den wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

	2012		2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	1.579	100,0	1.449	100,0	130
Materialaufwand	360	22,8	286	19,7	-74
Rohergebnis	1.219	77,2	1.163	80,3	56
Sonstige betriebliche Erträge	3	0,2	12	0,8	-9
Personalaufwand	630	39,9	583	40,3	46
Abschreibungen	143	9,1	127	8,7	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	441	27,9	417	28,8	24
Ertragsunabhängige Steuern	5	0,3	5	0,3	0
	1.219	77,2	1.132	78,1	87
Betriebsergebnis	3	0,2	43	3,0	-40
Zinsaufwendungen	5	0,3	5	0,3	0
Finanzergebnis	-5	-0,3	-5	-0,3	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2	-0,1	38	2,7	-40

V. Ergebnis der Arbeiten und Wiedergabe der Bescheinigung

Nach dem Abschluss des Erstellungsauftrags haben wir dem "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" für den als **Anlagen 1 bis 3** beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 sowie den in **Anlage 4** wiedergegebenen Lagebericht folgende Bescheinigung erteilt:

"Bescheinigung des Wirtschaftsprüfers/Steuerberaters über die Erstellung

An den "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"

Wir haben auftragsgemäß den nachstehenden Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang und Lagebericht - des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede" für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 unter Beachtung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Grundlage für die Erstellung waren die uns vorgelegten Belege, Bücher und Bestandsnachweise, die wir auftragsgemäß nicht geprüft haben, sowie die uns erteilten Auskünfte. Die Buchführung sowie die Aufstellung des Inventars und des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Wir haben unseren Auftrag unter Beachtung des IDW Standards: Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen (IDW S 7) durchgeführt. Dieser umfasst die Entwicklung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Anhangs und Lagebericht auf Grundlage der Buchführung und des Inventars sowie der Vorgaben zu den anzuwendenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden."

Den vorstehenden Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 (Bilanzsumme EUR 1.064.919,89; Jahresfehlbetrag EUR 2.846,29) des "Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede", haben wir in Übereinstimmung mit dem IDW Standard "Grundsätze für die Erstellung von Jahresabschlüssen" (IDW S 7) und in entsprechender Anwendung der Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstattet.

Oldenburg, den 1. November 2013

PKF ARBICON ZINK KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

i.V.

(Rohsiepe)
Wirtschaftsprüfer

(Walter)
Steuerberater

Anlagen	Nr.	Seiten
Bilanz zum 31. Dezember 2012	1	1
Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	2	1
Anhang für das Geschäftsjahr 2012	3	1 - 3
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	4	1 - 7
Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2012 (Anlage 1) sowie ausgewählter Posten der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 2)	5	1 - 5
Rechtliche Grundlagen	6	1
Allgemeine Auftragsbedingungen PKF ARBICON ZINK KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft vom 1. Oktober 2009		

PASSIVA

13038 - BI

BAUHOF DER GEMEINDE RASTEDE, RASTEDE

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2012**

	2012 EUR	2011 TEUR
1. Umsatzerlöse	1.579.803,30	1.449
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>3.100,00</u>	12
	1.582.903,30	
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	360.950,14	286
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	489.871,69	450
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>140.893,94</u>	133
	630.765,63	
5. Abschreibungen	143.758,51	127
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	441.370,48	417
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>4.662,20</u>	<u>5</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.396,34	43
9. Sonstige Steuern	<u>4.242,63</u>	<u>5</u>
10. Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)	<u><u>2.846,29</u></u>	<u><u>38</u></u>

"Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"
26180 Rastede

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

Allgemeine Angaben

Gemäß § 9 des EinrVO-Kom finden die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluss der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuches (§§ 242 bis 286) sinngemäß Anwendung, soweit sich aus dieser Vorschrift nichts anderes ergibt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die abnutzbaren Gegenstände des **Anlagevermögens** werden planmäßig linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Für **geringwertige Anlagegüter** wurde gemäß § 6 Abs. 2a EStG eine Poolabschreibung über fünf Jahre vorgenommen.

Für die **Vorräte** erfolgt eine körperliche Aufnahme der Bestände zum Bilanzstichtag. Die Waren wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten bewertet.

Forderungen werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die **Kapitalanteile** sind zum Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die **Verbindlichkeiten** sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

	Kumulierte Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand 1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2012 EUR	Stand 1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Stand 31.12.2012 EUR	Stand 31.12.2012 EUR	Stand 31.12.2011 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände										
– Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an an solchen Rechten und Werten	2.365,36	0,00	0,00	2.365,36	2.364,36	0,00	0,00	2.364,36	1,00	1,00
II. Sachanlagen										
1. Grundstücke und Bauten	621.230,57	12.169,89	0,00	633.400,46	265.754,80	7.858,57	0,00	273.613,37	359.787,09	355.475,77
2. Technische Anlagen und Maschinen	142.066,43	421,07	3.185,90	139.301,60	116.733,43	6.868,94	3.185,90	120.416,47	18.885,13	25.333,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	1.335.666,72	28.081,74	49.812,90	1.313.935,56	592.503,52	129.031,00	48.833,90	672.700,62	641.234,94	743.163,20
	2.098.963,72	40.672,70	52.998,80	2.086.637,62	974.991,75	143.758,51	52.019,80	1.066.730,46	1.019.907,16	1.123.971,97
	2.101.329,08	40.672,70	52.998,80	2.089.002,98	977.356,11	143.758,51	52.019,80	1.069.094,82	1.019.908,16	1.123.972,97

Die **Forderungen** haben sämtlich eine Laufzeit von weniger als einem Jahr.

Die **sonstigen Rückstellungen** setzen sich wie folgt zusammen:

	EUR
Geleistete Mehrstunden	17.483,00
Urlaubsverpflichtungen	12.405,00
Jahresabschlusskosten	2.300,00
Beiträge zu Berufsgenossenschaften	2.145,00
	<u>34.333,00</u>

Die Restlaufzeiten der **Verbindlichkeiten** sind dem nachstehenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten			
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre	Gesamt
	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	100.027,33	42.112,49	39.688,56	181.828,38
(Vorjahr:	171.300,65	40.107,14	50.999,23	262.407,02)
Sonstige Verbindlichkeiten	2.999,94	0,00	0,00	2.999,94
(Vorjahr:	2.971,70	0,00	0,00	2.971,70)
	<u>98.496,45</u>	<u>65.278,00</u>	<u>21.053,87</u>	<u>184.828,32</u>
(Vorjahr:	174.272,35	40.107,14	50.999,23	265.378,72)

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von EUR 2.999,94 (Vj.: EUR 2.971,70).

Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr wurden im Durchschnitt 14 Arbeitnehmer beschäftigt.

Rastede, den 1. November 2013

gez. Gemeinde Rastede

**"Bauhof Rastede
Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede"**
26180 Rastede

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Inhaltsverzeichnis	Seite
Darstellung des Bauhofes	
1. Rechtlicher Rahmen des Bauhofes	2
2. Wirtschaftliches Ziel	2
A. Wirtschaftliche Aktivitäten	
1. Aufgaben	2
2. Auftragseingänge im Geschäftsjahr	3
3. Auftragsabwicklung	3
4. Residenzort GmbH	3
B. Personal	4
C. Darstellung der Lage	
1. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	4
2. Geplante und geleistete Arbeitsstunden	6
3. Geplante und durchgeführte Investitionen	7
D. Voraussichtliche Entwicklung	
– Planungen des Folgejahres	7

Darstellung des Bauhofes

1. Rechtlicher Rahmen des Bauhofes

Der Bauhof wird im Sinne des § 108 Abs.3 Ziff.3 NGO als Einrichtung verstanden, die als Hilfsbetrieb ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dient. Entsprechend § 110 Abs. 2 NGO wird die Einrichtung ganz nach kaufmännischen Grundsätzen geführt. Die „Verordnung über die Haushaltswirtschaft kaufmännisch geführter nichtwirtschaftlicher Einrichtungen“ vom 09.12.1987 (Nds. GVBl. S. 229) in der Fassung vom 13.11.1996 (Nds. GVBl. S. 468) findet Anwendung. Ebenfalls finden Beachtung die „Muster für Wirtschaftsplan, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und den Kontenrahmen kaufmännisch geführter Einrichtungen“ lt. RdErl. Des MI vom 09.12.1987 (Nds.MBl. S. 1080).

Die Kasse des Bauhofes ist eine Sonderkasse im Sinne des § 104 NGO. Auf die Sonderkasse finden grundsätzlich die für die Gemeindekasse geltenden Vorschriften der GemKVO entsprechende Anwendung (§ 42 Gemeindekassenverordnung).

2. Wirtschaftliches Ziel

Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d. h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wachsen des Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.

A. Wirtschaftliche Aktivitäten

1. Aufgaben

Der Bauhof hat einen festgelegten Aufgabenkreis. Innerhalb dieses Aufgabenkreises erledigt der Bauhof seine Aufgaben auf der Grundlage konkreter Einzel- oder Daueraufträge.

Der Tätigkeitsbereich ist in drei Kategorien unterteilt. Die Zuordnung einzelner Aufgaben zu den Kategorien ist variabel gestaltet. Im Laufe der Zeit können sich Verschiebungen ergeben.

– Kategorie 1

Aufgaben, die vom Bauhof aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht oder der gesetzlichen Zuständigkeit (Winterdienst) oder der unmittelbaren Zugriffsmöglichkeit (sofortige Behebung von Straßenschäden) durchgeführt werden.

– Kategorie 2

Aufgaben, die aufgrund einer zeitlichen Zugriffsmöglichkeit in Verbindung mit dem Anspruch nach Ortsbilderscheinung oder Individualleistung eine Erledigung durch den Bauhof nach sich ziehen sollte.

– Kategorie 3

Aufgaben, die von ihrer zeitlichen und inhaltlichen Bedeutung her zwar auch durch den Bauhof, aber auch durch jeden sonstigen Dritten erledigt werden könnten. Maßgeblich hierfür ist das jeweils aktuell gültige Preis-/Leistungsverhältnis.

2. Auftragseingänge im Geschäftsjahr

Die Dauer- und Einzelaufträge werden grundsätzlich von der Gemeindeverwaltung an den Bauhof gestellt. Weitere Aufträge erhält der Bauhof von der Residenzort GmbH Rastede sowie von anderen Veranstaltern, die ihre Veranstaltungen in der Gemeinde Rastede durchführen.

3. Auftragsabwicklung

Die Abwicklung der Daueraufträge erfolgt in Eigenverantwortung des Bauhofes sowie in Absprache mit den dafür zuständigen Geschäftsbereichen der Gemeindeverwaltung.

Der Arbeitsumfang eines jeden Dauerauftrages wird sowohl hinsichtlich seiner Arbeiten als auch den dadurch entstehenden Kosten innerhalb eines Wirtschaftsplanens definiert.

Die Einzelauftragerteilung erfolgt zusätzlich zu den Daueraufträgen und ist somit nicht Bestandteil des Wirtschaftsplanes.

4. Residenzort GmbH

Die Residenzort GmbH ist ein vom Gemeinderat eingerichteter selbstständig arbeitender Geschäftsbereich, der die öffentliche Repräsentation der Gemeinde Rastede wahrzunehmen hat. Die Vermarktung des Turnierplatzes fällt ebenfalls in den Aufgabenbereich der Residenzort GmbH.

B. Personal

Der Personalbestand des Bauhofes setzt sich aus vierzehn Mitarbeitern zusammen, wovon dreizehn Mitarbeiter in Vollzeit (39,0 Stunden) und ein Mitarbeiter in Teilzeit (32,5 Stunden) beschäftigt sind. Diese teilen sich auf in Bauhofsleiter, Angestellte und Arbeiter.

C. Darstellung der Lage

1. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

– Vermögenslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Bilanzen zum 31. Dezember 2012 und 31. Dezember 2011. Einzelheiten zu den Bilanzpositionen finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

A k t i v s e i t e	31.12.2012		31.12.2011		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
<u>Anlagevermögen</u>					
Sachanlagen	1.020	95,9	1.124	97,6	-104
<u>Umlaufvermögen</u>					
Vorräte	10	0,9	12	1,0	-2
Forderungen gegen die Gemeinde Rastede	34	3,2	16	1,4	18
	44	4,1	28	2,4	16
	1.064	100,0	1.152	100,0	-88
 P a s s i v s e i t e					
Eigenkapital	846	79,5	849	73,7	-3
<u>Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen</u>					
Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede	181	17,0	262	22,7	-81
Sonstige kurzfristige Passiva	37	3,5	41	3,6	-4
	218	20,5	303	26,3	-85
	1.064	100,0	1.152	100,0	-88

– Finanzlage

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die folgende Kapitalflussrechnung, die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt und den Grundsätzen des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) entspricht.

	2012 TEUR	2011 TEUR
1. Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-2	38
2. Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	143	126
3. Cashflow i.e.S. (Summe aus 1 bis 2)	141	164
4. Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-3	-11
5. Zunahme der Vorräte	2	45
6. Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4	-15
7. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 3 bis 6)	142	183
8. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	3	11
9. Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-41	-253
10. Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 und 9)	-44	-242
11. Zunahme der Forderungen gegen Gesellschafter	-18	0
12. Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-8	-8
13. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 11 und 12)	-26	-8
14. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 7, 10 und 13)	72	-67
15. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	-162	-95
16. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-90	-162
Zusammensetzung des Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode		
– Kassenverrechnungskonto	-90	-162

– Ertragslage

Es folgt eine Gegenüberstellung der zusammengefassten Gewinn- und Verlustrechnungen für die Geschäftsjahre 2012 und 2011. Einzelheiten zu den wesentlichen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung finden sich in den Erläuterungen in der **Anlage 5**.

	2012		2011		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Umsatzerlöse	1.579	100,0	1.449	100,0	130
Materialaufwand	360	22,8	286	19,7	-74
Rohergebnis	1.219	77,2	1.163	80,3	56
Sonstige betriebliche Erträge	3	0,2	12	0,8	-9
Personalaufwand	630	39,9	583	40,3	46
Abschreibungen	143	9,1	127	8,7	17
Sonstige betriebliche Aufwendungen	441	27,9	417	28,8	24
Ertragsunabhängige Steuern	5	0,3	5	0,3	0
	1.219	77,2	1.132	78,1	87
Betriebsergebnis	3	0,2	43	3,0	-40
Zinsaufwendungen	5	0,3	5	0,3	0
Finanzergebnis	-5	-0,3	-5	-0,3	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-2	-0,1	38	2,7	-40

2. Geplante und geleistete Arbeitsstunden

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2012 wurde von 20.206 produktiven Arbeitsstunden, die für die im Jahr anfallenden Arbeiten benötigt werden, ausgegangen.

Tatsächlich wurden für ausgeführte Arbeiten 19.226 Stunden aufgewandt.

Die Differenz zu den geplanten Produktivstunden begründet sich durch eine höhere Anzahl von angefallenen Krankheitsstunden sowie Besuche von Seminaren und zusätzlichen Besprechungen.

Für den Winterdienst fielen 4.206 Bereitschaftsstunden an.

3. Geplante und durchgeführte Investitionen

Der für das Wirtschaftsjahr 2012 erstellte Wirtschaftsplan enthält ein Investitionsplan mit einer Gesamtsumme aller in dem Jahr geplanten Investitionen in Höhe von 271.554,00 Euro.

Tatsächlich wurden Investitionen für die Beschaffung eines neuen Einfahrttores, von Anbaugeräten (Salzstreuer, Schneeschild und Fronkehrbesen) sowie für Kleingeräte und Werkzeuge in Höhe von 40.672,70 Euro durchgeführt.

Die an das Rathaus zu erstattenden Verwaltungskosten betrugen 63.000,00 Euro.

D. Voraussichtliche Entwicklung

– Planungen des Folgejahres

Der Bau eines Streusalzsilos und Soleerzeugers ist in das Kalenderjahr 2013 verschoben worden. Der Ausbau der Lagerplatzeinrichtung soll fortgesetzt werden.

Die für das Kalenderjahr 2013 geplante Ersatzbeschaffung eines Transportfahrzeuges ist ebenfalls ins Folgejahr verschoben worden.

Kleingeräte werden wie in den Vorjahren auch nach Bedarf angeschafft, hierfür sind Haushaltsmittel in Höhe von 6.000,00 Euro eingeplant.

Rastede, den 1. November 2013

gez. Gemeinde Rastede

**Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
zum 31. Dezember 2011 (Anlage 1) sowie der Posten
der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 2)**

A. BILANZ

A K T I V A

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

**Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche
Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten**

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Software Classic Line	1,00	1,00

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und Bauten

	1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Grundstücke und Bauten	355.475,77	12.169,89	7.858,57	359.787,09

Der **Zugang** betrifft eine Toranlage.

2. Technische Anlagen und Maschinen

	1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abschreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	25.333,00	421,07	6.868,94	18.885,13

Der **Zugang** betrifft ein Steckregal für das Lager.

3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

	1.1.2012 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	Ab- schreibungen EUR	31.12.2012 EUR
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>743.163,20</u>	<u>28.081,74</u>	<u>979,00</u>	<u>129.031,00</u>	<u>641.234,94</u>

Die **Zugänge** setzen sich wie folgt zusammen:

	2012 EUR
Salzstreuer Rauch Axeo 6.1Q100	7.216,06
Salzstreuer Rauch Axeo 2.1 für Fendt Vario 201	6.320,00
Schneeschild Epoke PKV 156 Vario für Fendt Vario210	4.845,68
Frontanbaubesen für Iseki SXG	3.700,00
	<u>28.081,74</u>

Bei den **Abgängen** handelt es sich um einen Salzstreuer und einem Schneeräumschild, die weitestgehend voll abgeschrieben waren.

B. Umlaufvermögen**I. Vorräte****Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
Streusalz	3.564,00	4.632,08
Diesel	2.484,00	1.380,40
Sprays und Öle	1.050,00	357,00
Eifellava	597,60	154,70
sonstige Hilfsmittel	500,00	1.785,00
Mineralgemisch 0/16	493,25	766,36
Brechsand	404,40	157,08
Füllsand	241,50	656,88
Hansegrand	239,10	784,09
Sabalith gelb	227,97	1.106,70
Kaltbitumen	214,56	277,75
Wesersand	119,20	35,46
Haverrot	60,20	214,91
Quarzsand	55,17	142,80
	<u>10.250,95</u>	<u>12.451,21</u>

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen gegen die Gemeinde Rastede

31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<u>34.760,78</u>	<u>15.999,40</u>

PASSIVA

A. Eigenkapital

	31.12.2011 EUR	31.12.2010 EUR
Gezeichnetes Kapital	450.000,00	450.000,00
Kapitalrücklage	277.915,33	277.915,33
Gewinnvortrag 1. Januar	120.689,53	83.031,16
Jahresfehlbetrag (Vj. -überschuss)	-2.846,29	37.658,37
	<u>117.843,24</u>	<u>120.689,53</u>
	<u>845.758,57</u>	<u>848.604,86</u>

B. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

	1.1.2012 EUR	Verbrauch EUR	Auflösung EUR	Zuführung 31.12.2012 EUR
Geleistete Mehrstunden	16.702,00	16.702,00	17.483,00	17.483,00
Urlaubsverpflichtungen	14.776,00	14.776,00	12.405,00	12.405,00
Jahresabschlusskosten	5.000,00	5.000,00	2.300,00	2.300,00
Beiträge zu Berufsgenossenschaften	1.962,00	1.962,00	2.145,00	2.145,00
	<u>38.440,00</u>	<u>38.440,00</u>	<u>34.333,00</u>	<u>34.333,00</u>

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde Rastede

	31.12.2012 EUR
<u>Darlehensverbindlichkeiten</u>	
Stand 1. Januar	99.968,60
./. Zinsen für zweites Halbjahr 2011	2.425,04
./. Tilgung	8.647,24
+ Zinsen für zweites Halbjahr 2012	<u>2.210,06</u>
Übertrag	91.106,38

	31.12.2012 EUR
Übertrag	91.106,38
Stand 31. Dezember	----- 91.106,38
<u>Kassen-Verechnungskonto</u>	<u>----- 90.722,00</u>
	<u>181.828,38</u>

2. Sonstige Verbindlichkeiten

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
<u>Aus Steuern</u>		
Umsatzsteuer 2012/2011	<u>2.999,94</u>	<u>2.971,70</u>

B. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG**Sonstige betriebliche Erträge**

	2012 EUR	2011 EUR
Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	3.100,00	11.139,75
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00	399,75
	<u>3.100,00</u>	<u>11.539,50</u>

Abschreibungen

	2012 EUR	2011 EUR
Abschreibungen auf Sachanlagen	<u>143.758,51</u>	<u>126.662,72</u>

Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2012 EUR	2011 EUR
<u>Betriebskosten</u>		
Instandhaltungskosten	123.320,06	103.216,72
Fahrzeugkosten	71.718,35	77.464,46
Mieten und Pachten	26.480,59	18.846,89
Energiekosten	6.265,23	9.231,27
Dienst- und Schutzkleidung	3.976,15	7.466,59
Übrige	<u>336,52</u>	<u>324,26</u>
	----- 232.096,90	----- 216.550,19

Verwaltungskosten

Verwaltungskostenumlage	63.000,00	59.688,11
Gebühren und Abgaben	11.269,57	10.320,45
Reinigung	2.447,96	2.310,96
Telefon und Funk	1.880,72	2.307,40
Fortbildungskosten	1.383,30	1.312,20
Bürobedarf	1.174,23	5.285,64
Rechts- und Beratungskosten	513,00	5.513,00
Reisekosten	<u>362,04</u>	<u>1.086,90</u>
	----- 82.030,82	----- 87.824,66

Übertrag	314.127,72	304.374,85
----------	------------	------------

	2012 EUR	2011 EUR
Übertrag	314.127,72	304.374,85
<u>Übrige</u>		
Fremdvergabe	127.242,76	112.207,80
	<u>127.242,76</u>	<u>112.207,80</u>
	<u>441.370,48</u>	<u>416.582,65</u>

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

	2012 EUR	2011 EUR
Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten	<u>4.662,20</u>	<u>5.084,21</u>

Sonstige Steuern

	2012 EUR	2011 EUR
Kfz-Steuern	<u>4.242,63</u>	<u>4.534,93</u>

Rechtliche Grundlagen

Rechtliche Verhältnisse

Rechtsform:	Der Bauhof wird als optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede gemäß § 108 Abs. 3 NGO geführt. Es gelten gemäß § 110 Abs. 2 Satz 2 NGO die Vorschriften der Verordnung über die Hauswirtschaft kaufmännisch geführter kommunaler Einrichtungen (EinrVO-Kom).
Firma:	Bauhof Rastede Optimierter Regiebetrieb der Gemeinde Rastede
Sitz des Unternehmens:	Rastede
Geschäftsjahr:	Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
Gegenstand der Gesellschaft:	Der Bauhof arbeitet im Sinne eines optimierten Regiebetriebes, d.h. der Bauhof arbeitet nach betriebswirtschaftlichen Regeln und ist gewinnorientiert eingestellt. Im ersten Schritt beinhaltet dieses den Auftrag Kostendeckung bei Preisen zu erreichen, die mit der privaten Wirtschaft vergleichbar sind. Im zweiten Schritt soll sich der Bauhof um Aufträge der Verwaltung bemühen, die diese sonst an die freie Wirtschaft vergibt. Dieses erlaubt ein Wachsen des Bauhofes. Im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und im Rahmen des Lageberichtes hat der Bauhof auf diese Zielsetzung besonders einzugehen.
Dauer der Gesellschaft:	Das Unternehmen ist auf unbestimmte Dauer geschlossen.
Leitung:	Hans-Hermann Ammermann, Rastede

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2014/020

freigegeben am **13.03.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Dudek

Datum: 21.02.2014

Haushalt 2013; Jahresabschluss

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

24.03.2014

Gremium

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Bericht über den Stand des Jahresabschlusses 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2013 hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss zu erstellen. Seit Oktober 2011 liegt zwar die Eröffnungsbilanz vor, aber ein Jahresabschluss kann erst dann vollständig erstellt werden, wenn die Jahresabschlüsse in der Anlagenbuchhaltung vorliegen. Der Jahresabschluss 2009 ist fertig, der Abschluss 2010 ist in Bearbeitung.

Ergebnis- und Finanzrechnung:

Im Rahmen des Jahresabschlusses sind neben der Bilanz zwei weitere Rechnungen zu erstellen, nämlich zum einen die Ergebnis- und zum anderen die Finanzrechnung.

Mit dieser Vorlage kann lediglich die Finanzrechnung vorgestellt werden, aus der sich die liquiden Zu- und Abflüsse ergeben. Die Finanzrechnung lässt, abgesehen von der Kassenentwicklung, keine abschließende Schlussfolgerung zu, wie das für die Bilanz entscheidende Jahresergebnis im Ergebnishaushalt aussehen wird.

Die zusammenfassende Finanzrechnung (Geldzu- und -abfluss) sagt zurzeit Folgendes aus:

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Haushaltsjahres - Euro -	Ansätze des Haushaltsjahres - Euro -	mehr(+) weniger(-) - Euro -
1	3	4	5
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-27.750.314,31	-26.995.861	+ 754.453,31
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	24.069.559,05	26.702.141	+ 2.632.581,95
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.680.755,26	-293.720	+ 3.387.035,26

24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-7.968.816,30	-6.394.600	+ 1.574.216,30
31. = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.671.195,42	14.955.962	+ 3.284.766,58
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	3.702.379,12	8.561.362	+ 4.858.982,88
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-2.022.700,00	-8.560.642	- 6.537.942,00
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	217.683,88	293.000	+ 75.316,12
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-1.805.016,12	-8.267.642	-6.462.625,88
38. Haushaltsunwirksame Einzahlungen	-5.300.045,42		+ 5.300.045,42
39. Haushaltsunwirksame Auszahlungen	5.011.212,16		- 5.011.212,16
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-288.833,26		+ 288.833,26

(,,-, bedeutet Einnahme/Überschuss)

Vorbelastung des Kassenbestandes zum 01.01.2014, Rückstellungen und Haushaltsreste:

Der Kassenbestand zum 31.12.2013 steht zur Vermeidung von Kreditaufnahmen 2014 nicht zur Verfügung, weil er zur Deckung der Vorbelastung des Haushaltsjahres 2014 benötigt wird, d.h., der Haushaltsplan 2014 ist mit einer vorgesehenen Kreditaufnahme von 6.009.639 Euro einerseits ausgeglichen und die zusätzlich zum 01.01.2014 vorhandenen Kassenmittel in Höhe von 7.029.574,78 Euro sind andererseits durch unterschiedliche Ereignisse wie Rückstellungen und Haushaltsreste bereits verbraucht. Die Vorbelastungen, Rückstellungen und Haushaltsreste stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Zusammenfassendes Ergebnis Rückstellungen und Haushaltsreste 2014		Liquidität		Rückstellungen 2013	Haushaltsreste 2013	
				ErgebnisHH	ErgebnisHH	FinanzHH
1.	Kassenistbestand 30.12.2013	7.029.574,78	7.029.574,78			
2.	Vorbelastungen HHJahr 2014					
2.1	Einzelpositionen					
	- Rückstellungen aus Vorjahren, die 2014 kassenwirksam werden					
	2011	587.610,72				
	2012	700,00				
	- nicht verbrauchte HHReste	entfällt *)				
	- Haushaltsunwirksame Zahlungen					
	durchlaufende Posten - Vorschuss	48.973,27				
		170.868,85				
	- Osterloh-Fonds (Kto. 171190)	1.555,51				
	- Bürgschaften	0,00				
	- Gewährleistungsver- träge	0,00				
	- kreditähnliche Rechts- geschäfte	0,00				
	Sonstige Verbindlich- keiten	407.179,07				
	Summe:	1.216.887,42	-1.216.887,42			

2.2	Finanzhaushalt					
2.2.1	Laufende Verwaltung/Ergebnishaushalt					
	- HHReste für Rückstellungen					
	287100 = Rückst. droh. Verpflichtungen	5.360,63		5.360,63		5.360,63
	289100 = Andere Rückstellungen	92.758,32		92.758,32		92.758,32
	- HHReste	246.492,02			246.492,02	246.492,02
	Summe:	344.610,97	-344.610,97			
	Zwischenkassenbestand:		5.468.076,39			
2.2.2	Rückbehalt für Deckung Fehlbedarf/-betrag:	0,00	0,00			
2.2.3	Investitionen					
	- kein Buchung von Rückstellungen	0,00				
	- HHReste (mit und ohne Aufträge)	7.632.966,56				
	Summe:	7.632.966,56	-7.632.966,56		7.632.966,56	7.632.966,56
3.	Verbleibender Kassenbestand					
4.	abzüglich Sockelbetrag für Kasse					
5.	Einsetzung für Kreditreduzierung (bei Minusbetrag = Haushaltseinnahmerest)		-2.164.890,17	98.118,95	7.879.458,58	7.977.577,53
6.	Kreditermächtigung Nachtrag 2013	8.560.642,00				
	davon aufgenommen	2.022.700,00				
	Restliche Kreditermächtigung für 2013	6.537.942,00				

*) Nicht verbrauchte HHReste aus Vorjahren

wurden neu angemeldet

Es sind Haushaltseinnahmereste

in Höhe von

-2.164.890,17 zu bilden

Neben den Haushaltsausgaberesten waren Haushaltseinnahmereste in Höhe von 2.164.890,17 Euro zu bilden (= zusätzliche Kreditaufnahme in 2014 zu den für 2014 veranschlagten Krediten in Höhe von 6.009.639 Euro).

Die endgültige politische Kenntnisnahme über die Haushaltsausgabereste erfolgt, wenn der Jahresabschluss 2013 den Gremien vorgelegt wird. Im Bereich des Ergebnishaushaltes führen die haushaltsrechtlich verankerten Budgetierungsregelungen zu einer Übertragung und für die Investitionen stehen die veranschlagten Mittel grundsätzlich bis zur letzten Rechnung der jeweiligen Maßnahme zur Verfügung. Gleichwohl hat die Verwaltung Wert darauf gelegt, dass für die Rückstellungen und Haushaltsreste der erforderliche Umfang ermittelt wurde und nur in unabdingbar notwendigem Ausmaß Haushaltsermächtigungen übertragen werden.

Planerfüllung:

a) Finanzhaushalt; Bereich laufende Verwaltung:

Im Saldo entspricht die Liquiditätsentwicklung weitgehend der Planung. Im Detail gibt es jedoch zwei erheblichere Abweichungen und zwar bei der Haushaltsstelle „Steuern und ähnliche Abgaben“ und bei der Haushaltsstelle „privatrechtliche Entgelte“.

Einzahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-17.077.747,91	-18.097.536,75	-16.650.000	+ 1.447.536,75
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.092.845,56	-3.390.093,13	-3.248.000	+ 142.093,13
03. sonstige Transfereinzahlungen	-268.293,47	-251.343,80	-187.400	+ 63.943,80
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-3.253.347,12	-3.105.966,34	-2.966.199	+ 139.767,34
05. privatrechtliche Entgelte	-260.034,51	-445.571,17	-1.830.166	- 1.384.594,83
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-971.374,98	-1.434.651,50	-782.270	+ 652.381,50
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-113.105,34	-73.292,69	-63.000	+ 10.292,69
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-598,98	-76,50		+ 76,50
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-864.151,54	-951.782,43	-1.268.826	-317.043,57

Die planerischen Abweichungen bei den „Steuern und ähnliche Abgaben“ erklären sich in der nachfolgenden Aufstellung.

	2013	
	Ansatz	endgültig (21.02.14)
Grundsteuer A	141.000	137.914,91
Grundsteuer B	2.329.000	2.340.818,41
Gewerbesteuer	7.100.000	8.123.493,50
Einkommensteuerbet.	6.439.000	6.866.992,00
Umsatzsteuerbet.	460.000	520.193,00
Vergnügungssteuer	42.000	45.714,00
Hundesteuer	58.000	62.410,93
Schlüsselzuweisungen	2.176.000	2.176.944,00
Zusch. übertr. WK	355.000	362.088,00
Summe	19.100.000,00	20.636.568,75
Gewerbesteuerumlage	1.581.000,00	1.436.828,00
Entschuldungsumlage	40.000,00	40.976,00
Kreisumlage für HHPlan	6.439.000,00	6.329.000,00
Summe	8.060.000,00	7.806.804,00

Saldo	11.040.000,00	12.829.764,75
-------	---------------	---------------

Die Abweichung bei den „privatrechtlichen Entgelten“ hängt ausschließlich mit dem Bauhof zusammen. Der Bauhof ist ab 2013 wieder in die Finanzbuchhaltung der Gemeinde integriert.

Das Einnahmenvolumen des Bauhofes in Höhe von 1.209.075 Euro ist zwar als Einnahme veranschlagt worden; die tatsächlichen Einnahmen wurden aber als interne Verrechnung gebucht, was in der vorstehenden Finanzrechnung nicht mehr zu erkennen ist. Die Einnahmeabweichung ist damit zu erklären.

Bei den Auszahlungen ist festzuhalten, dass die gesteckten planerischen Ziele erreicht worden sind.

Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit				
11. Auszahlungen für aktives Personal	6.318.690,40	7.169.995,86	7.249.900	+ 79.904,14
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00		0,00
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GWG	5.257.825,90	4.975.086,12	7.186.453	+ 2.211.366,88
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	62.064,00	43.106,00	157.000	+ 113.894,00
15. Transferauszahlungen	9.937.630,84	10.142.356,95	10.231.300	+ 88.943,05
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.802.724,95	1.739.014,12	1.877.488	+ 138.473,88
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.378.936,09	24.069.559,05	26.702.141	+ 2.632.581,95

Die in der vorstehenden Tabelle ersichtliche Abweichung in Höhe von 2.211.366,88 Euro erklärt sich wie oben bei den Einzahlungen im Wesentlichen mit der Rückführung des Bauhofes in die Finanzbuchhaltung der Gemeinde

Im Bereich Auszahlungen sind Defizite bei der Umsetzung der Haushaltsplanung nicht zu verzeichnen.

b) Finanzhaushalt; Bereich Investitionen:

Insgesamt waren Haushaltsausgabereste im Investitionsbereich in Höhe von 7.632.966,56 Euro zu bilden. Hierbei handelt es sich um Investitionsmaßnahmen, bei deren Ausführung es zu Verzögerungen gekommen ist. Die politischen Gremien sind über das Jahr hinweg über den Verlauf der Durchführung der Maßnahmen informiert worden.

Weil also die geplanten Investitionsgelder nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse benötigt werden, mussten für einen Teil der veranschlagten Kreditermächtigung Haushaltseinnahmestereste (2.164.890,17 Euro) gebildet werden.

c) Finanzhaushalt; Finanzierung:

Die Gemeinde hat 2013, abgesehen von den Darlehen aus der Kreisschulbaukasse, einen Kredit aufgenommen. Bei dem Kredit handelt es sich um einen speziellen Kredit, der für die Finanzierung der Beteiligung an der kommunalen Netzbeteiligung Nordwest GmbH & Co. KG (KNN) benötigt wurde (vgl. Vorlage 2013/109).

d) Finanzhaushalt; haushaltsunwirksame Zahlungen:

Die haushaltsunwirksamen Zahlungen betreffen von der Haushaltsplanung nicht erfasste Beträge, wie z.B. eingenommene Müllabfuhrgebühren, die an den Landkreis abzuführen sind oder Zuschusszahlungen des Landkreises, die über die Gemeinde weitergeleitet werden. Weil diese Zahlungen in der Regel zum Jahresende nicht auf 0 Euro aufgehen, begünstigen oder belasten sie den Kassenbestand zum 31.12. des Jahres. Aus diesem Grunde müssen in einer Liquiditätsrechnung, wie die Finanzrechnung, die den Kassenbestand im Ergebnis wiedergibt, solche Geldbewegungen berücksichtigt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt.

Anlagen:

Vorläufige Finanzrechnung.

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer-planmäßige Auszahlungen
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
01. Steuern und ähnliche Abgaben	-17.077.747,91	-18.097.536,75	-16.650.000	1.447.536,75	
02. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	-4.092.845,56	-3.390.093,13	-3.248.000	142.093,13	
03. sonstige Transfereinzahlungen	-268.293,47	-251.343,80	-187.400	63.943,80	
04. öffentlich-rechtliche Entgelte	-3.253.347,12	-3.105.966,34	-2.966.199	139.767,34	
05. privatrechtliche Entgelte	-260.034,51	-445.571,17	-1.830.166	-1.384.594,83	
06. Kostenerstattungen und Kostenumlagen	-971.374,98	-1.434.651,50	-782.270	652.381,50	
07. Zinsen und ähnliche Einzahlungen	-113.105,34	-73.292,69	-63.000	10.292,69	
08. Einzahl. aus d. Veräußerung geringwert. Vermögensgegenstände	-598,98	-76,50		76,50	
09. sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	-864.151,54	-951.782,43	-1.268.826	-317.043,57	
10. = Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-26.901.499,41	-27.750.314,31	-26.995.861	754.453,31	
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit					
11. Auszahlungen für aktives Personal	6.318.690,40	7.169.995,86	7.249.900	79.904,14	
12. Auszahlungen für Versorgung	0,00	0,00		0,00	
13. Auszahl. f. Sach- u. Dienstl. u. GWG	5.257.825,90	4.975.086,12	7.186.453	2.211.366,88	
14. Zinsen und ähnliche Auszahlungen	62.064,00	43.106,00	157.000	113.894,00	
15. Transferauszahlungen	9.937.630,84	10.142.356,95	10.231.300	88.943,05	
16. sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	1.802.724,95	1.739.014,12	1.877.488	138.473,88	
17. = Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	23.378.936,09	24.069.559,05	26.702.141	2.632.581,95	
18. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-3.522.563,32	-3.680.755,26	-293.720	3.387.035,26	

Finanzrechnung einschließlich Plan-Ist-Vergleich

Einzahlungen und Auszahlungen	Ergebnis des Vorjahres	Ergebnis des Haushaltsjahres	Ansätze des Haushaltsjahres	mehr(+) weniger(-)	aus Spalte 5: bisher nicht bewilligte über-/außer-planmäßige Auszahlungen
	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -	- Euro -
1	2	3	4	5	6
Einzahlungen für Investitionstätigkeit					
19. Zuwendungen für Investitionstätigkeit	-13.520,52	-1.007.317,40	-920.100	87.217,40	
20. Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	-839.695,48	-2.766.463,19	-1.445.700	1.320.763,19	
21. Veräußerung von Sachvermögen	-1.270.612,30	-4.141.165,92	-3.965.800	175.365,92	
22. Veräußerung von Finanzvermögensanlagen					
23. sonstige Investitionstätigkeit	-8.647,24	-53.869,79	-63.000	-9.130,21	
24. = Summe der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	-2.132.475,54	-7.968.816,30	-6.394.600	1.574.216,30	
Auszahlungen für Investitionstätigkeiten					
25. Auszahl. f.d. Erw. v. Grdstcken. u. Gebäuden	1.700.836,35	3.923.257,59	3.582.500	-340.757,59	
26. Auszahlungen für Baumaßnahmen	4.056.796,63	4.060.822,61	7.633.700	3.572.877,39	
27. Auszahl. f.d. Erw.v. bewegl. Sachvermögen	546.236,68	782.942,10	852.062	69.119,90	
28. Auszahlungen für Finanzvermögensanlagen	33,36	2.000.078,59	2.001.500	1.421,41	
29. Auszahlungen f. aktivierbare Zuwendungen	479.536,03	887.604,05	874.800	-12.804,05	
30. Sonstige Investitionstätigkeit	14.750,39	16.490,48	11.400	-5.090,48	
31. = Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.798.189,44	11.671.195,42	14.955.962	3.284.766,58	
32. Saldo aus Investitionstätigkeit	4.665.713,90	3.702.379,12	8.561.362	4.858.982,88	
33. Finanzierungsmittel-Überschuss/-Fehlbetrag	1.143.150,58	21.623,86	8.267.642	8.246.018,14	
34. Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-467.100,00	-2.022.700,00	-8.560.642	-6.537.942,00	
35. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	215.547,61	217.683,88	293.000	75.316,12	
36. Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-251.552,39	-1.805.016,12	-8.267.642	-6.462.625,88	
37. Summe der Salden aus Zeile 33 und 36	891.598,19	-1.783.392,26	0	1.783.392,26	
38. Haushaltsunwirksame Einzahlungen	-4.890.415,09	-5.300.045,42		5.300.045,42	
39. Haushaltsunwirksame Auszahlungen	4.937.038,47	5.011.212,16		-5.011.212,16	
40. Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	46.623,38	-288.833,26		288.833,26	
41. Bestand an Zahlungsmitteln am Anfang des Jahres	3.964.150,94	3.155.936,76		-3.155.936,76	
42. Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres	4.902.372,51	1.083.711,24	0	-1.083.711,24	

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2014/042

freigegeben am **13.03.2014**

Stab

Sachbearbeiter/in: Henkel, Günther

Datum: 12.03.2014

Durchführung Haushaltsplan 2014

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	24.03.2014	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	01.04.2014	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die ursprünglich für 2014 vorgesehene bauliche Durchführung von Erschließungsmaßnahmen in den Bereichen Wahnbek und Hahn-Lehmden werden 2015 durchgeführt.

Die bauliche Durchführung des I. Bauabschnittes für die Straßensanierung der Bachstraße wird 2015 durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Zwischenzeitlich liegt das Ergebnis des vorläufigen Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2013 vor. Hierbei ist auffällig, dass nicht unerhebliche Haushaltsreste zu bilden waren. Wenngleich im Hinblick auf die zeitliche Kontinuität der Durchführung von Arbeiten mit haushaltswirksamem Charakter jedes Jahr eine Übertragung von Haushaltsresten erfolgt, ist die Gesamtsumme beachtlich.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen heraus konnten beispielsweise Erschließungsmaßnahmen nicht zu dem Zeitpunkt begonnen werden, in dem sie vorgesehen waren. Investitionsmaßnahmen wie beispielsweise die Straßenbeleuchtung haben sich dadurch verzögert, dass für die Finanzierung notwendige Bewilligungsbescheide deutlich später als zunächst zugesagt eingegangen sind und notwendige Folgearbeiten auf Verwaltungsebene verzögert haben. Neue Maßnahmen mit einer höheren Priorität mussten im Hinblick auf Folgeinvestitionen in der Zeitkalkulation der Verwaltung anders beziehungsweise neu berücksichtigt werden.

Diese beispielhafte Aufzählung, im ungünstigsten Falle begleitet durch unvorhersehbaren und auch in Kurzfristigkeit nicht kompensierbaren Personalausfall, würde dazu führen, dass bei Beibehaltung des Arbeitsumfanges aus dem Haushaltsplan 2014 Investitionen ohne sorgfältige Vorbereitung durchgeführt werden müssten, soweit dies überhaupt möglich ist.

Die Verwaltung hat deshalb Überlegungen angestellt, unter welchen Voraussetzungen die Abarbeitung möglich ist, aber insbesondere aus der Interessenlage der Einwohnerschaft heraus nicht mit unververtretbaren Beeinträchtigungen einhergeht. Insofern sind laufende Verwaltungsaufgaben, die sich im Ergebnishaushalt widerspiegeln, von diesen Überlegungen nicht betroffen. Ebenfalls nicht betroffen sind die Maßnahmen aus dem Bereich der Investitionen, die direkten Bezug auf die Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung wie z. B. Kindergärten oder Schulen haben.

Stattdessen wurde im Hinblick auch auf die zum Teil noch im Entwurfsstadium befindlichen Planungen in städtebaulicher Hinsicht Bezug genommen, deren Umsetzung 2014 jedenfalls nicht dringend geboten erscheint. Beispielhaft beinhaltet dies den zweiten Teilbereich des Wohngebietes „nördlich Havelstraße“ in Wahnbeck, der von der Bauleitplanung ausgehend in der Sitzung des Bauausschusses am 10.03.2014 erstmalig behandelt worden ist. Die entsprechende gesetzlich bedingte Bauleitplanungsphase unterstellt würde voraussichtlich im Herbst des Jahres einen Satzungsbeschluss ermöglichen, der als rechtliche Voraussetzung dann den Beginn von Erschließungsarbeiten nach sich ziehen würde. Aus Sicht der Verwaltung wäre es vertretbar, diese Ausführungsarbeiten - nicht Planung oder Vorbereitung - auch in das erste Quartal 2015 zu verlegen. Die Folge wäre im Ergebnis von nachrangiger Auswirkung: Lediglich der Fertigstellungszeitpunkt und damit der Baubeginn für potenzielle Neubürger würde sich um einige Wochen verzögern. Entsprechendes gilt auch für den Bereich Hahn-Lehmden, wo nördlich des Ligusterweges die planerischen Voraussetzungen für die Erweiterung des dortigen Baugebietes geschaffen werden sollen.

Der Umfang der Planungsarbeiten, die hierzu erforderlichen politischen Beratungen und auch die Beteiligung der Anlieger für die geplante Sanierung der Bachstraße könnte ebenfalls ein solches Szenario beinhalten. Es besteht nach wie vor uneingeschränktes Einvernehmen darüber, dass Straßensanierungsmaßnahmen mit einer großen Priorität durchgeführt werden sollen; dies gilt auch und gerade in Bezug auf die Bachstraße. Es erscheint aus Sicht der Verwaltung jedoch vertretbar, diese Maßnahme nach entsprechender Vorplanung und -beratung bautechnisch in 2015 durchführen zu können.

Ob und inwieweit sich hieraus Folgeverschiebungen von geplanten Investitionsmaßnahmen des Finanzplanungszeitraums ergeben, wird voraussichtlich in einer zweiten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vor der Sommerpause erörtert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Ob und inwieweit die bei entsprechender Beschlussfassung sich zeitlich verlagernden Maßnahmen für eine echte Entlastung des Haushaltsplans 2014 sorgen können, kann aktuell noch nicht abschließend ermittelt werden, da die dafür einsetzenden weiteren Haushaltsmaßnahmen zum Teil noch nicht mit einer aktuellen Kostenschätzung unterlegt sind.

Anlagen:

Keine.